

»Dieser Krieg ist hausgemacht«

Die Friedensvorschläge der Nationalen Versöhnungskommission zu Südthailand

thailand |

Die Empfehlungen der Nationalen Versöhnungskommission für eine friedliche Beilegung der Gewalt in Südthailand ist Anfang Juni 2006 vom Vorsitzenden, Anand Panyarachun, an die Öffentlichkeit gebracht worden. Hier ein Kommentar.

Alexander Horstmann

Obwohl Anand berechtigter Weise Bauchschmerzen hatte, ob der Bericht wegen der politischen Sackgasse, in der sich Thailand befindet, nicht verpuffen würde und praktisch folgenlos bliebe, brachte er ihn an die Öffentlichkeit.* Der 48-köpfige Beirat der Kommission hat einen beeindruckenden Bericht über die Ursachen und Eskalation der Gewalt in Pattani, Yala und Narathiwat vorgelegt, spart aber das politisch aufgeladene Thema der Autonomie völlig aus und kann von seinen Vorschlägen her zum Teil als idealistisch kommentiert werden.

Kritik und Empfehlungen

Der Bericht entmystifiziert die Idee einer homogenen thailändischen Nation und weist darauf hin, dass Thailand schon immer ein von großer kultureller Vielfalt gekennzeichnetes Land war. Die thailändische Regierung muss laut den Friedensvorschlägen die Besonderheiten der malaiischsprachigen

Muslime anerkennen und ihnen umstandslos ein Recht auf eine eigene Geschichte, eine eigene Sprache und eine eigene islamische Bildung zusprechen. Die Versöhnungskommission schlägt vor, Malaiisch als Arbeits- und Amtssprache neben dem Bangkok Thai einzuführen, so dass die Malaien ohne Scheu ihre Interessen artikulieren können. Außerdem schlägt die Kommission die partielle Ausweitung der Scharia-Gesetzgebung vor, die sie als einen wichtigen Bestandteil der islamischen Kultur sieht. Diese Forderung scheint von den islamischen Intellektuellen der Kommission auszugehen.

Die Kommission betrachtet die Krise in den südthailändischen Grenzprovinzen nur zu einem kleineren Teil als Separatismuskonflikt und weist einen religiösen Charakter scharf zurück. Die thailändische Regierung hätte mit ihrer Politik der eisernen Faust, Bestrafungsaktionen, Militarisierung der Region, Eskalation der Gewalt in kritischen Situationen, willkürlichen Verhaftungen, Folter und Menschenrechtsverletzungen die Krise erheblich verschärft. Thaksin hätte zu einer Zwangsethnisierung und Polarisierung der Gesellschaft beigetragen. Er beabsichtigte eine schärfere sicherheitspolitische Kontrolle der Gebiete und interventinierte mit seinem Drogenkrieg und der Unterstützung des amerikanischen sogenannten Krieges gegen den

Terror, der sich als Krieg gegen die eigene Bevölkerung entpuppt hat. Thaksin setzte wie in anderen Provinzen auch riesige Geldbeiträge ein, um Politiker für sich gefügig zu machen. Was woanders aufgegangen sein mag, hat in Südthailand nicht geklappt.

Die Kommission kritisiert die Auflösung des Southern Border Administration Center in Yala und fordert die Wiedereinführung unter neuem Namen sowie eine Entwicklungsagentur und eine Stiftung, die sich der Versöhnung, Aufklärung und dem Wiederaufbau der sozialen und politischen Infrastruktur widmet. Der Bericht wendet sich explizit an die thailändische Regierung. Diese Schlüsselforderungen sind im oben genannten Kontext zu betrachten.

Idealistischerweise setzt sich der Bericht für eine Demilitarisierung der Konfliktregion ein, welche Pattani, Yala und Narathiwat als einen Gewaltmarkt betrachtet, in dem Gewaltunternehmer ein Interesse daran haben, Unsicherheit und ein Klima der Angst zu verbreiten. Chaiwat Satha-Anand, ein ausgewiesener Friedensforscher, schlägt vor, die Dörfer durch unbewaffnete Militärs und Polizei zu beschützen, um zum Beispiel einer Entführung von Lehrerinnen, wie es geschehen ist, vorzubeugen. Hier ist zu fragen, welcher Soldat bereit wäre, einen Kontrollpunkt unbewaffnet zu sichern und sich einem Gewaltanschlag wehrlos auszuliefern.

Der Autor ist langjähriges Vorstandsmitglied der Südostasien Informationsstelle und schreibt seine Habilitation über konfessionelle Koexistenz in Südthailand an der Uni Münster.

kommentar



Die Friedensempfehlungen umfassen auch einen Katalog von kleinen, lokalen Projekten, um gezielt vor Ort zu helfen und zivilgesellschaftliche Bewegungen und Einrichtungen finanziell und moralisch zu unterstützen, wie beispielsweise die Rechtskommission, in der sich Rechtsanwälte für die Gefangenen bzw. Verschwundenen einsetzen.

Die Vorschläge sollten eine weite Verbreitung finden

Der Bericht nimmt dezidiert Stellung zu der Verantwortung Thaksins an der Gewaltspirale und fordert die restlose Aufklärung von Staatsverbrechen und scharfe Sanktionen gegen die Verantwortlichen. Der Bericht wendet sich zuerst an die thailändische Regierung, von der eine drastische Umkehr eingefordert wird. Die detaillierten Friedensvorschläge kommen der malaiischsprachigen islamischen Minorität zugute, gehen aber wohl aufgrund strategischer Erwägungen nicht wirklich auf die Machtkonflikte ein. So wird in dem Bericht die Gewaltenteilung überhaupt nicht angesprochen, genauso wenig wie die politische Autonomie, die politische Repräsentation oder eigenständige Wahlen, geschweige denn eine Volksbefragung zum Beispiel unter Aufsicht der Vereinten Nationen. Auch ist die Ausweitung der Scharia-Gesetzgebung mit vielen Problemen behaftet. Nach welchem Modell soll die Scharia angewendet werden? Nach dem Modell Acehs einschließlich der Strafgesetzgebung, die besonders Ärmere und Frauen trifft? Hoffentlich nicht. Die Zunahme an Autorität für islamische Religionsleh-

rer ist auch nicht unproblematisch. Oder sollen alle Frauen gezwungen werden, ein schwarzes Kopftuch anzulegen? Die Einführung des Jawi als Arbeitssprache ist in Bangkok, bei Regierung und König nicht gerade auf große Begeisterung gestoßen, obwohl sie die Machtverhältnisse nicht wirklich berührt.

Die Demilitarisierung und Entwaffnung geht in die richtige Richtung, aber ist die Annahme nicht naiv, dass eine Seite ihre Waffen niederlegen soll, obwohl ihre Machtinteressen nicht berücksichtigt werden? Dennoch ist der Bericht wichtig, da er die Fehler der Thaksin-Regierung unterstreicht und zu einem Legitimationsverlust der Politik der eisernen Faust führt, die ja doch beträchtliche Bevölkerungsteile hinter sich weiß. Die Regierung möchte der Bevölkerung geradezu einen Religionskrieg aufzwingen. Es wäre wirklich wichtig, dass die lokale Bevölkerung den Rebellen ihre Unterstützung entzöge und gleichzeitig auch keine militärische Repressionen von Staatsseite fürchten müsste. Zurzeit ist es aber so, dass die lokale Bevölkerung zwischen den Fronten zerrieben wird und es kaum noch zivilgesellschaftliche Strukturen gibt, die den Familien Zuflucht gewähren würden. Der Wiederaufbau dieser zivilgesellschaftlichen Strukturen wäre Priorität einzuräumen, aber das ist sicher nicht im Interesse der Thaksin-Regierung.

Es ist ein großes Verdienst der Versöhnungskommission, dass sie die Menschenrechtsverletzungen und Gewaltanschläge dokumentiert hat. Es bleibt aber ein Dilemma, dass selbst muslimische Forscher in der Kriegssituation nur noch unter

Sicherheitsrisiko für sich sowie für die Informanten Daten erheben können. Klar ist, dass internationale Terrornetzwerke nicht beteiligt sind, sondern dieser Krieg hausgemacht ist. Allerdings werden die Methoden beider Seiten immer brutaler. Die Regierung muss der lokalen Bevölkerung in den Grenzprovinzen jetzt endlich deutliche Signale geben, dass sie an einer friedlichen Beilegung der Gewalt interessiert ist. Die Friedensempfehlungen der Kommission verdienen es, weit verbreitet zu werden.

Anmerkung

*) Siehe zu den Friedensvorschlägen auch den Tagungsbeitrag in **südostasien** 2/2006, Seite 87

— Anzeige —

Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten

inamo

Sommer 2006

Muslime in Europa

Muslimische Identitäten in Europa • Immigrationsdiskurs in Holland: Der Drang zum Vulgären • Islamisierung der Unruhen in Frankreich • Die Apartheid à la Française aufbrechen • Lebendig begraben – Multikulturalismus in Deutschland • Islamophobie II – (K)ein Minderheitenproblem • Zwischen Pop und Jihad • Einbürgerung des Islam als Quadrat des Kreises • Perspektiven statt plakativer Parolen: Der Moabiter Appell • Twentyone Moabit

Autoren: Werner Schiffauer, Fadi Hirzalla, Laurent Chabon, Dominique Vidal, Schirin Amir-Moazami, Marwa al-Radwany, Julia Gerlach, Reinhard Fischer, Ahmed Shah

Was läuft falsch in Afghanistan? • Wirtschaft: Aus für den freien Arbeitsmarkt in den Golfländern • Literatur: Zakaria Mohammed • 1938 Mit Kraft durch Freude nach Libyen

46

inamo e.V., Postfach 310727, 10637 Berlin,
 ☎ 030/86 42 18 45, @ redaktion@inamo.de, 5,50 €